

04.09.2023  
133b

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ



*Es gilt das gesprochene Wort!*

**Ansprache**  
**von Erzbischof Noël Treanor,**  
**Apostolischer Nuntius bei der Europäischen Union,**  
**beim St. Michael-Jahresempfang**  
**am 4. September 2023 in Berlin**

***Herausforderungen der Demokratie in Zeiten der Digitalität***

Die meisten von Ihnen werden das Mark Twain zugeschriebene Sprichwort kennen, dass eine Lüge bereits dreimal die Welt umrundet hat, bevor die Wahrheit sich die Schuhe angezogen hat. Zwar stammt dieses Sprichwort wohl nicht von Mark Twain – ironischerweise ein Umstand, den man heute wohl als Fake News bezeichnen würde. Allerdings wurden vergleichbare Metaphern bereits in der Literatur des 18. Jahrhunderts nachgewiesen. Wie häufig in der heutigen Zeit eine Lüge mit den heutigen technologischen Mitteln „die Welt umrundet“ hat, bevor die Wahrheit ihre Schuhe angezogen hat, können Sie sich ausmalen. Tatsächlich könnte man behaupten, dass die Wahrheit heutzutage noch überlegt, wo ihre Schuhe sind, während die Fußspuren einer Lüge schon an vielen Stellen des Planeten zu entdecken sind.

Angesichts der im nächsten Jahr anstehenden Europawahlen, aber auch der dann in einigen Ihrer Bundesländer anstehenden Landtagswahlen, bereitet mir diese Dynamik Sorgen. Wie Sie vielleicht wissen, war ich von 1992 bis zum Jahr 2008 Generalsekretär der Kommission der Bischofskonferenzen der EU in Brüssel und habe nun seit knapp einem Jahr die Ehre, den Heiligen Stuhl als Nuntius in Brüssel zu vertreten. In den 14 Jahren zwischen diesen Ämtern, so kommt es mir vor, haben sich die Bedingungen der politischen Debatten- und Kooperationskultur in Brüssel verändert. Eine freie Wahlentscheidung ist heute angesichts von „Polit-Hacks“, Social Bots, Fake News und Deep Fakes keine Selbstverständlichkeit mehr. Heute sind wir uns auch stärker der Tatsache bewusst, dass Wahlen von geopolitischen Systemkonkurrenten im Ausland gezielt mit digitalen Instrumenten beeinflusst werden. Die digitale Verbreitung von Fehlinformationen wird sogar als Waffe im Krieg verwendet, wie es Russland mit seiner deutlich verstärkten Desinformationskampagne parallel zu

*Herausgeberin*  
Dr. Beate Gilles  
Generalsekretärin  
der Deutschen Bischofskonferenz

*Redaktion*  
Matthias Kopp (verantwortl.)  
Pressesprecher

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 103 214  
Fax: +49 (0) 228 103 254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)

[dbk.de](http://dbk.de)  
[facebook.com/dbk.de](https://facebook.com/dbk.de)  
[twitter.com/dbk\\_online](https://twitter.com/dbk_online)  
[youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz](https://youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz)

seinem verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Ukraine getan hat und immer noch tut.

Dabei droht digitale Manipulation nicht nur von äußeren Kräften, sondern auch von Innen und sogar von uns selbst. Algorithmen führen uns tagtäglich in Versuchung, unsere Selbstbestimmung freiwillig einzuschränken. Nicht selten machen wir es uns in unseren Meinungen und bei der Informationsbeschaffung bequem: Wir überlassen die Auswahl der Informationen, die wir konsumieren, Algorithmen, die uns das zeigen, was in unser Weltbild passt, wofür am meisten bezahlt oder was von den meisten Nutzern angeschaut wird. Die Folgen für unsere menschliche Gemeinschaft sind immens: statt sich mit Meinungen auseinanderzusetzen, die wir nicht teilen, um Argumente auf den Prüfstand zu stellen und voneinander zu lernen, scheuen wir vor zeitraubenden und anstrengenden Diskursen zurück. So bleiben viele von uns in Meinungsblasen und verlieren mehr und mehr den Anschluss an die wahrgenommene und gelebte Realität ihrer Mitmenschen.

Nicht nur, aber auch deswegen sehen wir heute in nicht wenigen Demokratien dieser Welt eine Polarisierung der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung, die häufig mit dem Verlust von Vertrauen in den Staat und das demokratische Regierungssystem an sich einhergeht. Auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Deutschland sind von dieser Entwicklung betroffen. „Leider“, so beschrieb es Papst Franziskus in einer Ansprache 2017, „ist allzu oft zu beobachten, wie [die Politik] sich eher in einen Ort des Zusammenstoßes von gegensätzlichen Kräften verwandelt. Die Stimme des Dialogs wird durch Racheschreie ersetzt. Von mehreren Seiten gewinnt man den Eindruck, dass das Gemeinwohl nicht mehr das primäre Ziel ist, und dieses Desinteresse wird von vielen Bürgern wahrgenommen. So finden in vielen Ländern die extremistischen oder populistischen Bewegungen fruchtbaren Boden, die aus dem Protest das Herzstück ihrer politischen Botschaft machen“. Als Kirche sehen wir uns daher gerade heute in der Verantwortung, dem Extremismus, dem Populismus und jeglicher Form von Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten.

Populistische, radikale und autoritäre politische Akteure spielen dabei auch die Offenheit unserer Gesellschaft aus, um ihr und dem demokratischen Regierungsmodell zu schaden. Allerdings beobachte ich in den vergangenen Monaten einen ebenso besorgniserregenden Trend: Nicht nur die Feinde der Demokratie, sondern auch ihre Freunde tragen durch ihr Verhalten im politischen Wettbewerb unbeabsichtigt dazu bei, das Vertrauen der Menschen in den Wert des politischen Wettstreits, die Regierung und die Demokratie insgesamt zu schwächen. Auf europäischer Ebene konnte man jedenfalls diesen Eindruck in der politischen Auseinandersetzung der vergangenen Monate zu bestimmten Gesetzen gewinnen: Behauptungen wurden als Fakten präsentiert, der Wettbewerb der besten Argumente wurde in Teilen durch Stimmungsmache ersetzt und die Kunst des demokratischen Kompromisses aufgegeben zugunsten von Verweigerungs- oder Blockadehaltungen. Vielleicht haben auch Sie in Deutschland schon einmal nicht ganz unähnliche Erfahrungen gemacht. Dabei dürfen wir es uns nicht zu einfach machen und nur auf andere zeigen: Niemand von uns ist davor gefeit, bequeme Abkürzungen in der eigenen Meinungsbildung und in der Diskussion mit anderen zu

nehmen. Wir alle stehen aber in der Verantwortung, mit unserer Demokratie achtsam umzugehen und sie zu schützen. Daher sind auch wir alle aufgerufen, präzise mit Fakten umzugehen, Komplexität nicht zugunsten unserer eigenen Meinung praktisch zu verkürzen, sondern sie besser zu kommunizieren und zu erklären. Ein gutes Beispiel ist die europäische – und deutsche – Energie- und Wärmewende: Wir müssen uns ihrer Notwendigkeit stellen und den Menschen ohne Scheu sagen, dass diese Wende unser aller Leben im Alltag betrifft, es ändern wird und es auch ändern muss. Zugleich muss für diejenigen, die bei diesem Transformationsprozess unserer Unterstützung bedürfen, gut erkennbar sein, dass sie diesen Prozess nicht alleine stemmen müssen und Unterstützung erhalten.

Verstehen Sie mich nicht falsch, Politik lebt von vitalen Diskussionen, lebt von eindrücklicher Rhetorik und unterschiedlichen Bewertungen. Sie verliert aber den Boden unter den Füßen, wenn wir uns nicht mehr auf die Fakten einigen können, auf deren Basis unsere Repräsentanten ihre Entscheidungen treffen müssen. Denn dann können diese Entscheidungen von den Menschen nicht mehr richtig nachvollzogen werden. Der Mangel an einer geteilten Wahrnehmung von Fakten vergrößert zudem die Distanz zwischen den Realitäten, in denen wir uns eingerichtet haben, und erschwert so den Dialog. Als Bischof von Belfast, der Diözese von Down und Connor, bin ich in den 2010er-Jahren immer wieder auf solche unterschiedlichen Wahrnehmungen gestoßen worden. Wie Sie wissen, haben das jahrzehntelange Versagen, die polarisierenden und sozial disruptiven Fakten und die Erfahrung struktureller Diskriminierung in Nordirland zu Jahrzehnten entsetzlicher und tragischer Gewalt geführt. Erst nach dem Good Friday Abkommen von 1998 haben sich Kirchen und Gesellschaft in Nordirland wirklich auf den Weg gemacht, überlieferte Geschichten des Konflikts noch intensiver auf Fakten hin zu überprüfen und Unwahrheiten und Ungerechtigkeiten zu benennen. Auch als Bischof habe ich diesen Prozess unterstützt und an ihm mitgewirkt – die Kirchen, das können Sie sich vorstellen, haben ein in vielen Akten festgehaltenes Gedächtnis. Diese Aufarbeitung und Anerkennung von Fakten schuf den Boden für eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz der Staatsgewalt und ermöglichte es wiederum dieser, sich selbst zu reformieren. Zentral war hier auch die Strukturreform der nordirischen Polizei, die früher zu 90 Prozent aus Unionisten bestand und heute Parität zwischen Unionisten und Republikanern anstrebt. Der Brexit hat uns aber leider gelehrt, dass selbst eine frische Erfahrung der Aufarbeitung historischer Fakten uns nicht davor bewahrt hat, erneut auf Un- und Halbwahrheiten zu hören.

Ebenso zentral für unser demokratisches Miteinander wie gemeinsam anerkannte Fakten sind die Fähigkeit zum Kompromiss und die Bereitschaft, sich gegebenenfalls mit einer aus der eigenen Sicht nur zweit- oder drittbesten Antwort auf eine politische Frage zufriedenzugeben. In dieser Disziplin waren die Institutionen und Mitgliedstaaten der Europäischen Union eigentlich immer besonders gut und trotz der – zutreffend – berüchtigten Langwierigkeit europäischer Verhandlungen auch erfolgreich. Auch hier sind politische Umgangsformen zu beobachten, die vielleicht nicht neu sind, die aber, so nehme ich es wahr, derzeit mit zunehmender Frequenz und Lautstärke eingesetzt werden: im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ausgehandelte, fertige Kompromisse werden von einzelnen EU-

Mitgliedstaaten zeitweilig blockiert, um einzelne, nach ihrem Empfinden nicht hinreichend berücksichtigte Partikularinteressen durchzusetzen – sei es im Rat der EU-Mitgliedstaaten, sei es „über Bande“ im Europäischen Parlament. Oder es werden Kompromisse zwischen EU-Mitgliedstaaten, bei denen man von der Mehrheit überstimmt wurde, rundweg abgelehnt und angekündigt, dass man sich nicht an sie halten wolle. Als überzeugter Europäer möchte ich diesbezüglich an das erinnern, was die deutschen Bischöfe in ihrer Erklärung zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge über den besonderen Charakter europäischer Entscheidungsprozesse, die Gemeinschaftsmethode, gesagt haben: diese ist „eher auf die Suche des Gemeinwohls und nicht so sehr auf den Ausgleich nationaler Interessen ausgerichtet. (...) Denn das Gemeinwohl ist immer größer als die Summe der je individuellen nationalen Interessen“.

Es mag dabei den einen oder die andere unter Ihnen geben, sehr verehrte Damen und Herren, der oder die sich wundert, wenn ein Vertreter der Kirche über die Notwendigkeit von Kompromissen und gar die „Kunst des Kompromisses“ spricht. Tatsächlich bewegt sich die Kirche häufig auf diesem Terrain. Wie Sie vielleicht wissen, habe ich mich als Bischof von Down und Connor öffentlich gegen den Brexit ausgesprochen. Auch Nordirland entschied sich im Referendum für den Verbleib in der Europäischen Union. Das Vereinigte Königreich aber wählte den Brexit, sodass Nordirland als Teil des Vereinigten Königreichs die EU verließ. Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und zwischenmenschlichen Folgen dieser Entscheidung sind enorm und haben eine negative, wenn nicht gar zerstörerische Wirkung auf den Humus des politischen Lebens in Nordirland. Als Kirchen arbeiten wir daher heute ökumenisch daran, Räume der Begegnung und der Diskussion zwischen Bürgern und Politikern zu schaffen, um die Annäherung unterschiedlicher politischer Standpunkte und Wahrnehmungen der Menschen für eine produktive staatsbürgerliche, politische und wirtschaftlich Koexistenz zu unterstützen. Das Ziel dieser Bemühungen hat ein Taxifahrer aus Belfast einmal in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, wie ich finde, großartig auf den Punkt gebracht: „Es wird immer Schwierigkeiten und Streit geben – und wir müssen manchmal darin übereinstimmen, dass wir in vielem eben nicht übereinstimmen. Wir müssen aber lernen, Kompromisse zu schließen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir alle an Bord sind, dass es vorwärtsgeht.“

Kompromisse zu respektieren, sehr verehrte Damen und Herren, heißt aber natürlich nicht, dass an diesen keine Kritik geübt werden darf. Als Kirche sehen wir manche demokratisch vereinbarten Kompromisse durchaus kritisch. So reichen etwa die bisherigen europäischen Vorgaben im Klimaschutzbereich nicht aus, um den der Europäischen Union obliegenden Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C zu leisten. Gleiches gilt, so sagen mir meine deutschen Kollegen, für den Beitrag Deutschlands. Auch der im Juni 2023 nach vielen Jahren gefundene Asyl-Kompromiss lässt befürchten, dass sich in den dort angedachten Lagern an den EU-Außengrenzen menschenwürdige und rechtsstaatliche Zustände nicht gewährleisten lassen. Und Personen nach einem Grenzverfahren dort jahrelang stranden, weil sie weder in einen EU-Mitgliedstaat einreisen dürfen, noch in ihr Herkunftsland oder einen anderen Staat abgeschoben werden können.

Unsere Unzufriedenheit mit bestimmten politischen Kompromissen des demokratischen Gesetzgebers führt aber nicht dazu, dass wir Kompromisse generell, den demokratischen Wettbewerb der Ideen oder gar die Demokratie an sich infrage stellen. Diese Unzufriedenheit spornt uns vielmehr an, Fakten noch genauer anzuschauen, noch mehr in den Dialog zu gehen und unsere Überzeugungen und Argumente noch besser zu erklären und mehr und breitere Überzeugungsarbeit zu leisten.

Wir meinen, dass die Orientierung, die die christliche Botschaft in die Politik hineinzugeben vermag, in Zeiten gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Transformationsprozesse, wie wir sie heute erleben, wichtig ist. Hierzu gehört, dass der Schutz des menschlichen Lebens, des geborenen wie ungeborenen, des einheimischen wie des zugezogenen oder geflüchteten, nicht relativiert werden darf. Hierzu gehört auch, dass der Schutz globaler Gemeingüter, die die Basis dieses Lebens bilden, und die Bewahrung der Schöpfung nicht zum Opfer wahlkampforientierter oder auf kurzfristigen Profit ausgerichteter Blockade- oder Verzögerungstaktiken werden dürfen.

Hierzu gehört schließlich, dass wir den durch menschliche Kreativität ermöglichten rasanten technologischen Fortschritt zum Wohle aller Menschen, vor allem der Ärmsten und Schwachen, nutzen. Dieser Fortschritt muss den Menschen und der Umwelt dienen und sie schützen. Genau dies hat Papst Franziskus in seinem *Rome Call for AI Ethics* von 2020 für die Konzeption, Gestaltung und Implementierung von Systemen der Künstlichen Intelligenz gefordert. Künstliche Intelligenz soll dazu beitragen, „Lebensbedingungen zu schaffen (sowohl gesellschaftlich als auch persönlich), die es sowohl der Gemeinschaft als auch den einzelnen Mitgliedern ermöglichen, sich so weit wie möglich zu entfalten“. Diesem Aufruf haben sich auch die anderen abrahamitischen Religionen angeschlossen. Dabei besitzt die von der schöpferischen Kraft des Menschen und seinem Fortschrittswillen angetriebene Künstliche Intelligenz tatsächlich ein großes Potenzial, die Lebensumstände von Mensch und Schöpfung zu verbessern.

Als Kirche dringen wir aber gleichzeitig darauf, dass der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in bestimmten Prozessen nicht zur Herabwürdigung des Menschen oder zu einer Entmenschlichung dieser Prozesse führt. Die physische wie geistig-moralische Existenz des Einzelnen darf nicht auf die Rolle eines Faktors in einem Algorithmus reduziert werden, der auf privaten Profit oder sogar das vermeintliche Wohl der Gesellschaft ausgerichtet ist. Eine gesetzliche Regulierung, wie sie derzeit mit der EU-Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz im Trilog zwischen Europäischem Parlament und Rat verhandelt wird, muss dies berücksichtigen. Entscheidungen über Leben und Tod müssen letztgültig von Menschen getroffen werden. Gleiches gilt für Entscheidungen über die soziale Existenz des Einzelnen und die Ausrichtung, Gestaltung und Regierung von Staat und Gesellschaft.

Die Künstliche Intelligenz fordert uns aber nicht nur regulatorisch heraus. Ihr zunehmender Einsatz in den unseren Alltag gestaltenden und steuernden Prozessen hat bereits jetzt tiefgreifende Auswirkungen auf unser persönliches und soziales Leben, auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Es bleibt die Frage: Kann Künstliche Intelligenz uns auch als Menschen verändern? Ich denke ja. Denn als Menschen definieren wir uns in unserer Identität im Verhältnis zueinander. Wenn dieses Verhältnis, der gegenseitige Austausch und Dialog, durch Künstliche Intelligenz kanalisiert, gefiltert oder gar gesteuert wird, dann verändern auch wir uns. Künstliche Intelligenz ist dabei weder gut noch böse, sondern verhält sich so, wie es Menschen ihr beigebracht haben. Dies kann und sollte uns ein großer Ansporn sein – in der Konzeption von künstlicher Intelligenz, aber auch als Vorbild ihres Lernprozesses.

Um an das eingangs erwähnte, Mark Twain wohl fälschlich zugeschriebene Bild anzuknüpfen: wir alle sind herausgefordert, der Wahrheit, aber auch der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit schnelle und solide Schuhe zu geben – und mitunter auch Beine zu machen. Dabei sind wir als Kirche ohne Zweifel zuallererst gefordert, dies bei uns selbst zu tun. Bischof Bätzing hat hierzu in seiner Ansprache eben viel Wichtiges gesagt. Papst Franziskus nimmt die Kirche hierzu aber auch in ihrem Wirken in der Welt in die Pflicht, wenn er in seiner Enzyklika *Fratelli tutti* schreibt: „[Die Kirche] kann und darf beim Aufbau einer besseren Welt nicht abseits stehen, noch darf sie es versäumen, die seelischen Kräfte [zu] wecken, die das ganze Leben der Gesellschaft bereichern können.“ (FT 276) Eine stabile, demokratische Europäische Union und Frieden in Europa sind tragende Pfeiler einer solchen besseren Welt. Daher dürfen wir auch nicht müde werden, uns für sie einzusetzen. Als Kirche werden wir uns hierfür aktiv in die Politik auf deutscher und europäischer Ebene einbringen und den Dialog mit Ihnen allen suchen – von Mensch zu Mensch und als lernende Kirche.

Ich freue mich auf diesen Dialog und danke für Ihre Aufmerksamkeit.